

diese zerfallen in sich, und beginnen schon alles Ansehen zu verlieren. Diese Machthaber haben für das „römische Volk“ eine konstituierende Versammlung angeschrieben, von welcher jedoch die Marken, Bologna und Ancona nichts wissen wollen. So ist zwar der Papst Flüchtling, aber in Rom Aufruhr, Unenimigkeit und Geldmangel, und es ist bald mit Zuversicht einer Aenderung der Dinge entgegen zu sehen.

Das spanische Kabinet hat in Beziehung auf die gegenwärtige Lage des Papstes an alle katholische Regierungen Europa's folgenden Schreiben gerichtet:

„Madrid, 21. Dec. Verehrter Herr! Die Regierung Ihrer Majestät ist Willens, für den Papst Alles zu thun, was nöthig erscheint, um das sichtbare Oberhaupt der Kirche in jenen Zustand der Freiheit und Unabhängigkeit, Würde und Ansehen zurückzuversetzen, welche die Ausübung seiner geheiligten Functionen gebieterisch erfordert. Deshalb wendete sie sich unmittelbar nachdem die Nachricht zu ihrer Kenntniss gekommen war, der Papst habe sich gezwungen gesehen, von Rom zu fliehen, an die französische Regierung, welche sich eben so bereitwillig geneigt zeigte, die Freiheit Sr. Heiligkeit zu unterstützen. Allein diese Unterhandlung kann heute für unzulänglich betrachtet werden, wenn man die Wendung, welche die Ereignisse in der Hauptstadt des Kirchenstaates nehmen, ins Auge faßt. Es handelt sich nicht mehr darum, die durch Uebergriffe der eigenen Unterthanen bedrohte Freiheit des Papstes zu sichern, sondern dessen Autorität auf feste und beständige Weise herzustellen, indem diese selbst gegen jeden Schein von Zwang gesichert wird. Gew. wissen sehr wohl, wie eifrig stets die Regierungen der katholischen Nationen gewesen sind, dem Oberhaupt der Kirche eine wahrhaft unabhängige Stellung zu sichern. Die katholischen Mächte haben sich immer als die Garanten der weltlichen Souveränität des Papstes betrachtet. Diese Stellung ist von solcher Wichtigkeit für die ganze Christenheit, daß sie nicht der Willkür eines so kleinen Theils der katholischen Welt, wie die römischen Staaten, Preis gegeben werden kann. Spanien glaubt, daß die katholischen Mächte nicht zugeben dürfen, daß die Freiheit des Oberhauptes der katholischen Kirche dem Gurdunkeln der Stadt Rom überlassen wird, und daß, während alle katholischen Nationen sich beileiden, dem Papste Beweise ihrer tiefen Verehrung darzubringen, eine einzige Stadt Italiens es wagen darf, seine Würde zu verletzen, und den Papst in einen Zustand der Abhängigkeit zu versetzen, der eines Tages mit dem Mißbrauche selbst seiner religiösen Gewalt endigen könnte. Diese Betrachtungen bestimmten die Regierung Ihrer Majestät, die übrigen katholischen Mächte einzuladen, sich über die Art zu verständigen, wie die Uebel zu vermeiden seien, welche nothwendiger Weise entstehen müssen, wenn die Dinge in dem bedauerungswerthen Zustande, in dem sie sich heut zu Tage befinden, fortdauern sollten. Um so löbliche Absichten der Verwirklichung entgegen zu führen, hat Ihre Majestät verordnet, sich an jene von Frankreich, Oesterreich, Baiern, Sardinien, Toscana und Neapel mit der Aufforderung zu wenden, ihre Bevollmächtigten zu ernennen und gleichzeitig den Ort zu bezeichnen, welchen sie für die Zusammenkunft als den geeignetsten ansehen. In der Absicht, Verzögerungen zu vermeiden, erlaubt sich die Regierung Ihrer Majestät, diese Residenz oder jede andere der an der mittelländischen Meeresküste gelegenen spanischen Städte zu bezeichnen, sowohl wegen ihrer entsprechenden Lage als wegen der Ruhe, deren sich die Halbinsel erfreut, und da es sich um ein rein katholisches Unternehmen handelt, dürfte Spanien sehr geeignet als Ort für diese Unterhandlungen erscheinen. Ich bezeuge diese Gelegenheit etc. (gez.) Pedro J. Pidal.“

Nachdem das diplomatische Corps am Weihnachtstage Sr. Heiligkeit die üblichen Glückwünsche dargebracht hatte, gab der Papst folgende Antwort:

Die neuen Bezeugungen der Zugeneigtheit zu Unserer Person und des Interesses, welches das diplomatische Corps an Uns nimmt, erregen in Unserem Herzen neue Gefühle der Dankbarkeit und der Zufriedenheit. Unwürdiger Stellvertreter des Gottmenschen, dessen Geburt wir heute feiern, ist uns alle die Kraft, welche Wir in diesen Tagen der Betrübniß entwickelt, von ihm gekommen, von ihm ist Uns auch die Gnade geworden, Unsere Unterthanen und Söhne zu lieben in dem Orte, wo Wir Uns zeitweilig befinden, mit derselben Liebe, mit welcher Wir sie umfaßten, als Wir in Unserer Stadt Rom verweilten. Die Heiligkeit und Gerechtigkeit Unserer Sache wird es zuverlässig bewirken, daß Gott den Regierungen, welche Sie vertreten, heilsame Rathschläge einflößt, damit diese Sache den Sieg erringe, der zu gleicher Zeit der Sieg der Ordnung und der katholischen Kirche ist, welche das höchste Interesse hat an der Freiheit und der Unabhängigkeit ihres Oberhauptes.

Rom, 6. Januar. Während man hier der sämtlichen päpstlichen Dienerschaft und sogar den Beamten der vaticanischen Bibliothek die Gehalte entzieht, fließt dem Papste selbst das Geld vollauf zu. Der König von Neapel hat ihm für eine Messe 600,000 Ducati dargeboten, und die Königin von Spanien hat ihm unter gleichem Titel 500,000 Colorenti zugesandt. — Die Intervention bereitet sich mit untrüglichen Zeichen vor. In Civita-Vecchia sind 16,000 Rationen bei einem gewissen Geglielmotti bestellt. An der neapolitanischen Gränze sind Truppenbewegungen beobachtet worden, und in der letzten Nacht sind auch von hier zwei Compagnien Reiter nach Aragni und Terentino abgegangen.

Vaderborn, im Januar 1849.

— Es ist in den letzten Tagen hin und wieder die Befugniß der hiesigen Franziskaner, bei den Urwahlen für die II. Kammer unserer Volksvertreter mitzuwirken, in Zweifel gezogen. Diese Frage ist in der hiesigen westphälischen Zeitung in der Art beant-

wortet, daß lediglich auf die S. S. 1199 und 1200. II. 11. A. L. R. hingewiesen ist.

Es heißt nämlich im

S. 1199. I. c.)

Nach abgelegtem Klostergelübde werden Mönche und Nonnen in Ansehung aller weltlichen Geschäfte als verstorben angesehen.

S. 1200.

Sie sind unfähig, Eigenthum oder andere Rechte zu erwerben, zu besitzen oder darüber zu verfügen.

Aus diesen Bestimmungen haben Andere den s. g. bürgerlichen Tod der Ordensgeistlichen und weiterhin die Unfähigkeit zur Ausübung der den preussischen Unterthanen zustehenden bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte hergeleitet.

Einsender dieses sieht sich im Interesse der Wahrheit veranlaßt, hierauf Folgendes zu entgegnen:

Es mag zunächst zweifelhaft sein, ob durch die oben erwähnten §§. nur die privatrechtlichen Verhältnisse der Mitglieder eines geistlichen Ordens haben regulirt werden sollen; nach der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember v. J. aber, welche alle ihr entgegenstehenden, bisher gültigen Gesetze außer Kraft gesetzt hat, (Art. 108.) kann das hier bestrittene Recht der Ordensgeistlichen nicht mehr in Frage gestellt werden. Der Art. 3 der Verfassungsurkunde verordnet nämlich, daß nach der Verfassung und dem Gesetz beurtheilt werden soll, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.

Der Art. 9. bestimmt, daß der bürgerliche Tod nicht stattfinden soll.

Der Art. 11. läßt den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig sein von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft. Zu diesen Religionsgesellschaften rechnet der Gesetzgeber auch die Ordensgenossenschaften, wie daraus hervorgeht, daß hinter dem Worte „Religionsgesellschaft“ in der 1. Linie dieses Art. der Art. 28. allegirt ist. Hieraus folgt, daß die Mitglieder eines geistlichen Ordens in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht jedem andern Preußen gleich stehen. Es kann hiernach bei der Beantwortung der vorliegenden Frage nur auf die für das Wahlrecht selbst gegebenen Vorschriften ankommen. In dieser Beziehung bestimmt der Art. 67. der V. U., sowie die Art. 1. und 2. des Wahlgesetzes für die II. Kammer vom 6. December v. J., daß derjenige als Urwähler für die II. Kammer zu betrachten sei, welcher 1) Preuße, 2) selbstständig ist, 3) das 24. Lebensjahr vollendet, 4) nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge eines rechtskräftigen, richterlichen Erkenntnisses verloren, 5) in der Gemeinde, worin er wählen will, seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt gehabt hat, und 6) nicht uns öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

In Betreff der Bedingungen sub Nro 1, 3, 4 und 5 ist hier Nichts zu bemerken. — Was unter „Selbstständigkeit“ Nro 2. verstanden wird, ist so zweifelhaft, daß verschiedene Ministerial-Rescripte über die Bedeutung dieses Ausdrucks ergangen sein sollen. Wird hierunter nur die Vollendung des 24. Lebensjahres verstanden, dann scheint der Ausdruck überflüssig zu sein; ist er aber gleichbedeutend mit der Befugniß, über seine Person und sein Eigenthum frei zu verfügen, dann muß die Aufhebung der väterlichen Gewalt erfolgt sein. Auch für den letztern Fall steht das Gesetz den Ordensgeistlichen nicht entgegen, indem diese, welche nach § 1160. II. 11. A. L. R. nur mit Genehmigung des Vaters in den Orden treten können, als aus der väterlichen Gewalt entlassen angesehen werden müssen. § 210. II. 2. A. L. R.

Endlich Art. 6. ist klar, daß Unterstützungen, welche Privatpersonen den Klöstern gewähren, nicht zu den öffentlichen Mitteln, d. h. solchen, welchen die Gemeinde oder der Staat zu geben haben, zu rechnen sind.

Nach dem Vorhergehenden ist der gegen das Wahlrecht der hiesigen Franziskaner erhobene Zweifel gelöst und es würde eine Verkümmerung der staatsbürgerlichen Rechte der Ordensgeistlichen sein, wenn man sie von den Urwahlen der II. Kammer ausschließen wollte. —

Z.

Bermischtes.

— Die Bauern gehn jetzt bekanntlich sehr fleißig auf die Jagd. Ein Reisender, der aus dem Havellande kommt, versichert, daß die Landleute nur in Verlegenheit sind, wie sie das Wild zubereiten sollen: einer hat einen Haasen mit dem Fell gelocht; die meisten erklären, daß Haasen nur schmecken, wenn sie mit einem guten Stück Schweinefleisch zusammen gebraten werden. — Eine große Anzahl Bauern gingen ebendasselbst auf die Jagd, umzingelten ein Völkchen Rebhühner und gaben endlich Feuer: sieben Bauern wurden verwundet, einer sogar bedeutend. Von den Rebhühnern wurde Niemand verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Pape.

Druck und Verlag der Junfermann'schen Buchhandlung.